

der privatkapitalistischen Wirtschaft. Fazit: Von den Gewerkschaften droht die Gefahr einer syndikalistischen und kollektivistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Die sich als progressiv verstehende Kritik an den Gewerkschaften hingegen sieht sie auf dem besten Wege, „als ein öffentliche Aufgaben wahrnehmendes, mit dem Status einer quasi öffentlich-rechtlichen Institution ausgezeichnetes Instrument zur Einordnung der Arbeitnehmer in den Status quo der gegebenen politisch-ökonomischen Machtverteilung zu funktionieren; sie sind aus dieser Perspektive ‚Friedenswächter des Bestehenden‘ geworden, eine systemimmanente Ordnungsmacht, die ihren Mitgliedern systemstabilisierende Gratifikationen zukommen läßt und sie zur Funktionsfähigkeit für das spätkapitalistische System diszipliniert“.

Quasi öffentlich-rechtliche Aufgaben?

Ganz gleich, welches tagespolitische Ereignis die politische Situation der Gewerkschaften virulent macht — die Mei-

nung, die Gewerkschaften seien zur Ambivalenz ihrer Verhaltensmuster verurteilt, ist nur scheinbar richtig. In der Tat gibt es nicht nur den Zwiespalt für den DGB: entweder autonome Vertretung der Arbeitnehmerinteressen oder Integration in das bestehende System. Frau Grebing traf wohl den Kern des Problems, als sie feststellte: „Wegen ihrer sozialen Verantwortung für die Arbeitnehmerschaft müssen die Gewerkschaften in Ausübung ihrer Schutzfunktion quasi öffentlich-rechtliche Aufgaben übernehmen (auch die Praktizierung der Tarifautonomie enthält ja wegen ihrer Bedeutung für die gesamte Wirtschaftspolitik solche Elemente), sie müssen sich in das pluralistische Sozial- und Verfassungssystem integrieren und sind insofern ein gesellschaftlicher Verband neben anderen Verbänden, sie müssen als Macht- und Ordnungsfaktor auftreten, um den Sozialstaat bei seiner Aufgabenerfüllung, die auf soziale Gerechtigkeit zielen soll, ständig kontrollieren zu können: sie sind in der Tat ein integraler Bestandteil der durch das Grundgesetz definierten Demokratie.“
Günter Gorschenek

Konfessionen als Wählergruppen

Die Rolle der Religionsgemeinschaften bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen

Rund 85 Millionen Bürger der Vereinigten Staaten werden am 7. November zur Stimmabgabe bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen erwartet. Nicht nur die Erhöhung der Zahl der Wahlberechtigten um fast 25 Millionen durch die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre, sondern auch weitgehende Umschichtungen in traditionellen Wählergruppen der beiden großen Parteien, Demokraten und Republikaner, machen Einzelprognosen über das Wahlverhalten bestimmter Gruppen diesmal besonders schwierig. An einer Wiederwahl von Präsident R. Nixon zweifelt zwar kaum noch jemand, doch sind die Ergebnisse der verschiedensten Umfragen oft sehr widersprüchlich.

Beide Parteien bemühten sich besonders um zwei Wählergruppen: um die Katholiken und die Juden. Immerhin stellen die Katholiken mit mehr als 48 Millionen 23,2% der Gesamtbevölkerung dar. Die Zahl der jüdischen US-Bürger liegt mit 5,87 Millionen (oder 3%) zwar weit darunter, doch wird ihnen besonderer Einfluß beigemessen. Außerdem kann bei den oft sehr knappen Wahlausgängen in den USA dieses Stimmenpotential leicht den Ausschlag geben. Und Nixon hatte 1968 von jüdischer Seite nur geringe Unterstützung erhalten.

Das Werben der beiden Kandidaten, Nixon und G. McGovern, um diese beiden Zielgruppen beruhte auf der gleichen Taktik: innenpolitische Versprechungen für die Katholiken und außenpolitische (besonders hinsichtlich Israels) an die Juden. Bei den „weißen“ angelsächsischen Protestanten („WASPS“ genannt) dagegen scheint die Festlegung auf die Republikaner so solide zu sein, daß man ihnen kaum besondere Beachtung oder Berücksichtigung spezieller Wünsche einräumte.

Zwei „Theologien“ oder zwei Amerikas

Präsident Nixon als Quäker und McGovern als Sohn eines Methodistenpfarrers bringen jeweils eine ganz bestimmte persönliche Prägung mit, die sich auf ihr Verhält-

nis zur politischen Aufgabe und zur Zusammenarbeit mit den einzelnen religiösen Gemeinschaften stark auswirkt.

Man braucht nicht so weit zu gehen und dem amerikanischen Pfarrer an der Princeton-Universität, Ch. R. Henderson, zuzustimmen, der die Präsidentschaftswahlen als „Wettkampf zweier Theologien“ bezeichnete und nach einem Buch über die „Nixon-Theologie“ auch eine Abhandlung über die Religiosität von McGovern ankündigte. Und doch verkörpern beide Kandidaten zwei divergierende Anschauungen über das Individuum und die Gemeinschaft, über die Aufgabe des Staates als zurückhaltendem Ratgeber oder als moralische Kraft zur Schaffung gerechterer Zustände. Nach Henderson ist Nixon gegen ein kirchliches Engagement in politischen Fragen eingestellt und glaubt an das Individuum als „Vehikel für das Gute in der Welt“. Der demokratische Kandidat McGovern dagegen sehe „Ungerechtigkeiten als kollektive Gewalt an, die eine kollektive Lösung erfordert“.

Zu vergleichbaren Schlußfolgerungen kommt aber auch das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ (2. 10. 72). Es spricht von dem Eindruck nach den Parteikonventen, daß man es eigentlich mit „zwei verschiedenen Ländern, zwei verschiedenen Kulturen, mit zwei verschiedenen Amerikas“ zu tun habe. Und diese Idee von zwei Amerikas sei im Charakter der beiden Kandidaten begründet. In der Sonntagsschule von Yorba Linda in Kalifornien sei Nixon eine Erziehung vermittelt worden, die gänzlich auf eine innere Schau ausgerichtet gewesen sei. Die Betonung lag dabei auf dem Individuum, auf dem, was dieses „fühlte, konnte und sollte. Jede Person schuf sich ihre eigene Welt“. Die Lebensverhältnisse von Mitchell in South Dakota dagegen lieferten genügend Anschauungsmaterial über die im amerikanischen System sozial Benachteiligten. Dort habe McGovern schon früh gelernt, missionarisch zu wirken und Opfer auf sich zu nehmen, um die große Not „in der Prärie“ zu überstehen.

So stehen sich noch heute die beiden Überzeugungen gegenüber, daß jeder es mit persönlicher Initiative schaffen könne, sich durchzusetzen und einen „Platz an der Sonne“ zu erreichen bzw. daß die Welt ein „Platz natürlicher Grausamkeiten“ sei, wo Menschen anderen zu ihrem Recht verhelfen müssen. Aus diesem Grunde würde McGovern sich mehr um innenpolitische Fragen kümmern, aus diesem Grunde hat er aber auch bei der schwarzen Bevölkerung sowie bei den Puertoricanern und anderen Unterprivilegierten der USA seine größte Anhängerschaft. Ihnen allen biete er eine letzte Hoffnung. Allerdings wird von seinen Kritikern sein Bild eines in Frieden und Wohlstand lebenden Landes als Utopie abgelehnt. So schwankt die Beurteilung McGoverns zwischen der Behauptung, er sei der „Gefangene der Fehleinschätzung des politischen Klimas“, und dem vorwurfsvollen Hinweis, von ihm strahle kein „Charisma“ aus, und häufig glaube man, „einem Sonntagsprediger in den öden Holzgotteshäusern der endlosen Prärien zuzuhören“. Wieder andere meinen, „der milde Sonntagsschullehrer verwandle sich auf dem Rostrum in einen Erweckungsprediger, der mit Hölle und Verdammnis droht“ und außerdem noch eine „idealistische und moralistische Außenpolitik“ durchsetzen möchte.

Der Harvard-Soziologe *D. Riesman* hat die Anhängerschaft McGoverns vielleicht am treffendsten charakterisiert, als er sie als „Ausdruck der anti-institutionellen Kraft“ bezeichnete, die bereits lange in Amerika wirksam gewesen sei, jetzt aber sehr stark von der Presse, liberalen Protestanten und emanzipierten katholischen Geistlichen repräsentiert werde (vgl. *Time*, 2. 10. 72). Diese Wählerschicht sieht nach Meinung des Soziologen allerdings Amerika zu abstrakt, sie habe sich ein Bild entworfen, das die bestehenden Realitäten und Schwierigkeiten verdeckt. Dieser Gruppe fehle weitgehend der Sinn für die harte tägliche Routinepolitik.

Katholiken im Visier

Nixon hat seit Beginn seiner Regierungszeit um die Gunst der Katholiken besonders geworben. Während FBI-Chef *Hoover* „störende katholische Elemente“ aus der Friedensbewegung nicht nur überwachen, sondern auch verhaften und vor aller Öffentlichkeit bloßstellen ließ, nahm der Präsident einen Jesuiten, *P. McLaughlin*, in seinen engsten Beraterstab auf, der als Ghostwriter vieler Reden Nixons gilt. Die Umwerbung von seiten Nixons hatte so lange ungestörten Erfolg, bis die Hierarchie der USA sich mit Mehrheit gegen das militärische Engagement der USA in Vietnam aussprach und eine sofortige Beendigung des Krieges sowie eine Generalamnestie für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer forderte (vgl. *HK*, Mai 1972, 224 ff.).

Seitdem wirkt der Präsidentenberater *McLaughlin* mehr als zuvor als Aushängeschild und Sprachrohr bestimmter konservativer katholischer Kreise. Mittlerweile kam es sogar zu einer heftigen Kontroverse um seine Person. Vom Generalsekretär des Weltkirchenrates, *E. C. Blake*, wurde ihm vorgeworfen, er halte „kritische Protestanten“ vom Präsidenten fern und verhindere jedes Gespräch zwischen ihnen und Nixon. *Blake* erweiterte seine Vorwürfe dahingehend, der Präsident höre in wichtigen politischen Fragen nur auf die katholische Hierarchie und ignoriere die Ansichten protestantischer Kirchenführer. Es irritiere

ihn sehr, daß Nixon engere Beziehungen „zur römisch-katholischen Hierarchie und sogenannten konservativen Evangelischen“ habe. Manches ließe sich dadurch allerdings erklären. Nixon werde es jedoch noch einmal bedauern, die bedeutenden protestantischen Kirchen unbeachtet gelassen zu haben (vgl. *NC News Service*, 9. 8. 72). Nach *Blakes* Meinung ist die „Politik der geschlossenen Tür“ sogar ein bewußter oder unbewußter Versuch, die ökumenische Führung zu schwächen.

McLaughlin widersprach nicht nur allen Anschuldigungen *Blakes* und beharrte nicht nur auf seinem Standpunkt, in Vietnam handele es sich um eine von der dortigen katholischen und protestantischen Geistlichkeit gebilligte „fortgesetzte Selbstverteidigung“, sondern erklärte auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes ungerührt, Präsident Nixon sei „der wahre Friedenskandidat dieser Wahl und der Friedensstifter dieser Epoche“ (*NC News Service*, 27. 9. 72). In diesem Streit bleibt freilich noch die Feststellung übrig, daß die von *Blake* kritisierte „anti-ökumenische Haltung“ des Präsidenten kaum Rückwirkungen auf die protestantische Wählerschaft offenbar werden ließ.

Die Strategie McGoverns ist anders angelegt. Er mobilisiert mit Hilfe eines katholischen Vizepräsidenten-kandidaten das katholische Wählerreservoir. In *R. S. Shriver* glaubt er den geeigneten Mann gefunden zu haben, der sich als Redakteur der „*Yale Daily News*“ einmal stolz selbst als „Christ, aristotelisch, optimistisch und Amerikaner“ bezeichnet hatte.

Der umstrittenste Punkt: die Legalisierung der Abtreibung

In den letzten Monaten kristallisierten sich vier Themen als Prüfsteine für eine mögliche Zustimmung oder Ablehnung der Kandidaten beider Parteien durch die Hierarchie und die Mehrheit der Katholiken heraus. Durch politische und juristische Entscheidungen gerieten die Fragen der Legalisierung der Abtreibung und der Finanzierung katholischer Privatschulen durch den Staat in den Vordergrund der Diskussion. Daneben spielten der Vietnamkrieg und teilweise die China-Politik eine Rolle. Die Rassenproblematik und Wirtschaftsfragen (Arbeitslosigkeit, soziale Sicherungen usw.) blieben in diesem Zusammenhang fast unerwähnt oder am Rande der Erörterung.

Die Frage der *Abtreibung* ist bis zum heutigen Tage anscheinend das für Katholiken wichtigste Thema im Wahlkampf. Jede Erklärung dazu, jeder neue Akzent, jede Nuance wird genauestens registriert. Zu Anfang sah es so aus, als seien sich beide Parteien einig, diese Frage gänzlich auszuklammern und die Entscheidung darüber den einzelnen Bundesstaaten zu überlassen. Am Beispiel des Staates New York jedoch, der die Abtreibung praktisch bis zum sechsten Monat legalisierte, wurde deutlich, daß die Parteien nicht abseits stehen konnten. Unter Führung der katholischen Kirche war gegen die dortige Gesetzgebung eine umfangreiche Kampagne gestartet worden, die schließlich zu einem Abstimmungsergebnis im Abgeordnetenhaus des Bundesstaates führte, das mit 79 zu 68 Stimmen die Liberalisierung wieder rückgängig machen und Schwangerschaftsabbruch nur bei Lebensgefahr für die Mutter gestatten wollte. Gegen diese Entscheidung wurde jedoch von Gouverneur *Rockefeller* unverzüglich ein Veto eingelegt, so daß die Angelegenheit noch nicht

endgültig geklärt ist. Präsident Nixon dagegen sprach Kardinal *T. Cooke* von New York seine persönlichen Glückwünsche zu diesem Erfolg aus. Er unterstütze voll und ganz die Bestrebungen des Kardinals.

Schon kurz zuvor hatte er die Ergebnisse einer von ihm selbst eingesetzten Kommission zur Untersuchung über das Bevölkerungswachstum und die Zukunft Amerikas teilweise als unannehmbar zurückgewiesen. Die Kommission hatte u. a. empfohlen, mit Hilfe weitgehender Freigabe der Abtreibung die Bevölkerungszahl der USA auf dem heutigen Stand zu halten (die sog. Null-Entwicklung). Die Veröffentlichung der entsprechenden Passagen wurde auf seine Intervention hin vorläufig verhindert. In dem Brief an den Kardinal und in Ansprachen während des Wahlkampfes bekräftigte Nixon seinen Standpunkt, die liberale Abtreibungspolitik sei unvereinbar mit „unseren religiösen Traditionen und unserem westlichen Erbe“. Da eine Stellungnahme zur Abtreibung jedoch nicht in die offizielle Wahlplattform der Republikaner aufgenommen wurde, scheint innerhalb der Partei keineswegs Einhelligkeit in dieser Frage zu herrschen.

Die Bischofskonferenz der USA nahm die Diskussion über die Abtreibung zum Anlaß, auf ihrer April-Tagung eine allgemeine Erklärung über den „Wert des Lebens“ abzugeben. Dies war eine direkte Reaktion auf die Ergebnisse der Kommissionsarbeit. Kritisiert wurde allerdings von einem Teil der Bischöfe, daß mit dieser Stellungnahme zu einseitig nur ein Aspekt des „Lebenswertes“ herausgestellt und den Katholiken als vordringlich vorgeschützt worden sei, während soziale Fragen des Alltags und der Vietnam-Krieg unerwähnt blieben.

In der demokratischen Partei war die Einstellung zur Frage der Abtreibung lange Zeit äußerst umstritten. Bei der Ausarbeitung der Wahlplattform im Juni weigerte sich der zuständige Ausschuß zunächst, einen Punkt aufzunehmen, der die Abtreibung als eine „Angelegenheit zwischen einer Frau, ihrem Arzt und irgendeinem, den sie konsultieren möchte, einschließlich eines religiösen Beraters“, hinstellen sollte. Zuvor hatte sich Senator McGovern dagegen ausgesprochen, den Vorschlag zu fördern, im Programm die Aufhebung aller die Abtreibung einschränkenden Gesetze zu fordern. Bei der Beratung der Wahlplattform standen sich zwei Fronten gegenüber: die einen warnten, die Republikaner könnten ihrerseits den Punkt als Wahlschlager herausgreifen, was die Demokraten „Millionen katholischer Wählerstimmen“ kosten könne. Die anderen drohten mit dem Boykott von fast ebenso vielen Frauen aus dem eigenen Lager, wenn sich die Partei nicht für eine Freigabe einsetze.

Da die demokratische Partei trotz vieler Umschichtungen immer noch ein beachtliches katholisches Wählerreservoir hat, entwickelte sich diese Frage zu einem vorher nie geahnten Streitpunkt. Als Vertreter des Komitees für Soziale Entwicklung der Katholischen Konferenz der USA trug anlässlich der Debatte um das Programm Bischof *R. Gallagher* von Lafayette, Ind., eine siebzehn Seiten lange Erklärung vor dem Parteiausschuß vor, um die Einstellung der Kirche klarzumachen (NC News Service, 21. 6. 72). Da dieser Standpunkt jedoch nicht akzeptiert wurde, verloren die Demokraten lange Zeit bei den Katholiken erheblich an Boden. Während Nixons Haltung eindeutig ist, blieb unklar, was für eine Politik die Demokraten und ihr Kandidat letztlich in dieser Frage verfolgen würden.

Mit der Ausrede, dies alles sei eine Sache der einzelnen Staaten, gab man sich nicht zufrieden.

Ende August schien sich eine erste Klärung anzubahnen. „The Beacon“, die Diözesenzeitung von Paterson, N. J., nannte es sehr unfair, McGovern zu unterstellen, er setze sich für Abtreibung auf Wunsch ein. Als Beleg zitierte die Zeitung Aussagen, die der Kandidat selbst einer anderen Diözesenzeitung gegenüber gemacht hatte: Seine persönliche Ansicht sei die, „daß Abtreibung eine private Angelegenheit ist, die von einer schwangeren Frau und ihrem Arzt unter Berücksichtigung ihrer eigenen moralischen und religiösen Überzeugungen entschieden werden muß“. Er glaube nicht, das Recht zu haben, diese Ansicht auf die Menschen irgendeines Staates zu übertragen, und deshalb werde er sich einer bundeseinheitlichen Regelung widersetzen. Die Reaktion der Leser auf diese Verteidigung des Demokraten machte deutlich, wie stark die Entscheidung in dieser Einzelfrage das Verhalten der Wähler beeinflusst.

Durch die Entscheidung für S. Shriver erhielt die Auseinandersetzung einen neuen Aspekt. Dieser sprach sich gleich zu Beginn gegen die Liberalisierung der Abtreibung aus und wandte sich damit in einer Elftausend-Meilen-Kampagne gezielt an die Katholiken. Seine Frau hat sich bereits einen Namen damit gemacht, daß sie eine Aktion startete, die die Adoption ungewollter Kinder zur Verhinderung der Abtreibung propagierte.

Kaum Unterschiede in der Schulfrage

Entgegen allen bisherigen Entscheidungen sieht es so aus, als wollten beide Parteien alles daransetzen, die katholischen Privatschulen mit staatlichen Mitteln zu unterstützen (vgl. HK, Juni 1972, 286 ff.). Sowohl zu dem Parteiprogramm-Gremium der Demokraten als auch der Republikaner war ein Sprecher der US-Bischofskonferenz angereist, um den Standpunkt dieses Gremiums klarzumachen. Bei beiden stieß er wegen der Brisanz dieser Frage auf gutes Gehör. Beide Parteien überboten sich geradezu im Lob für die katholischen Privatschulen, die nach McGovern „besonders amerikanisch“ sind, „indem sie die Vielfalt Amerikas erhalten“. Von beiden wurde das System der Steuerfreibeträge als Gegenleistung für die Schulgebühren als beste Lösung vorgeschlagen. McGovern änderte aber wenig später seine Konzeption, indem er eine Barvergütung für die Eltern vorschlug, da mit der Steuerlastverringerung die ärmere Bevölkerung weniger begünstigt sei.

Herrscht in diesem Punkt also weitgehend Einigkeit vor, so bleibt es in der Frage des „busing“, d. h. der Zwangsbustransporte von Schulkindern zur Erreichung rassischer Integration bei Differenzen. Nixon lehnt dieses System als verfehlt und „künstlich“ ab, McGovern setzte sich zunächst entschieden dafür ein, schweigt neuerdings aber zu diesem Thema, da ihm in den Südstaaten bei Beharren auf dieser Befürwortung wohl viele Stimmen verloren gingen.

Die Vietnamkriegs-Frage spielt nach den Gerüchten um einen baldigen von Nixon ausgehandelten Verhandlungsfrieden nicht mehr die entscheidende Rolle, wie man zunächst erwartet hatte. McGovern mit seinen radikalen Abzugsplänen hatte bei politisch engagierten Gruppen der jungen Generation zunächst damit große Resonanz ge-

funden. Seine Ansichten über den Rückzug und über die Generalamnestie deckten sich der Sache nach fast ganz mit den Erklärungen der katholischen Bischöfe.

Ein neuer Trend?

Die letzten Umfragen machen interessante Verschiebungen besonders im Bereich der religiös gebundenen Wählergruppen deutlich. Danach kann McGovern jetzt nur noch bei der schwarzen Bevölkerung, bei den Juden und bei der studentischen Jugend eine Mehrheit verbuchen. Bei den Katholiken dagegen sank sein Stimmenanteil von 29 auf 24% (bei gleichbleibend 18% Unentschiedenen), bei den Protestanten von 22 auf 18% zwischen August und September. Lediglich bei den jüdischen Bürgern konnte er sich von 44 auf 52% verbessern (vgl. Time, 28. 8. u. 2. 10. 72). Bei ihnen gewann McGovern u. a. durch die Garantie, die Sicherheit Israels notfalls sogar mit Waffen zu schützen, ein Zugeständnis, das allen anderen Ambitionen des Kandidaten widerspricht und zudem niemals von Israel selbst erwartet worden ist.

Zu Beginn des Wahlkampfes hielt sich die katholische Kirchenpresse weitgehend zurück. Sie kommentierte zwar ausführlich die Parteikonvente und hob z. B. übereinstim-

mend die „Verjüngung“ und den nüchternen Stil bei den Demokraten hervor, gab aber ansonsten kein gezieltes Votum für oder gegen einen der Kandidaten ab. Erstmals in diesem Jahr durchbrach im übrigen mehr als die Hälfte der katholischen Blätter das ungeschriebene Gesetz, keinerlei politische Werbung aufzunehmen. Auch zwei interessante Abweichungen von der redaktionellen Zurückhaltung sind zu verzeichnen: „Commonweal“ (10. 10. 72), eine von Laien herausgegebene Zeitschrift, erklärte sich eindeutig für McGovern (wegen seiner Vietnam-Aussagen), und die von Jesuiten redigierte Zeitschrift „America“ (30. 9. 72) attackierte Nixon, weil er sich gegen eine Generalamnestie für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer gewandt habe.

Da McGovern von der ihm nicht wohlgesonnenen Propaganda immer mehr in die linke, ja marxistische Ecke gedrängt wird, verliert er weitere Stimmen unter den Katholiken. Es scheint sich ferner zu bestätigen, daß der amerikanische Wähler unabhängig von seiner weltanschaulichen Einstellung in entscheidenden Fragen zuerst vom Patriotismus geleitet wird. Und deshalb kommen Nixons Parolen von einem „ehrenvollen Frieden“ vermutlich eher an als Versprechungen eines totalen Disengagements ohne Vorbedingungen. *Norbert Sommer*

Das Interview

Die Kirche und die Soldaten

Ein Gespräch mit Militärseelsorgern

Vom 25. bis 29. September tagte in Paderborn die Gesamtkonferenz katholischer Militärseelsorger der Bundesrepublik. Sie befaßte sich mit zwei das Wirken der Kirche im Militärbereich besonders betreffenden Themen, dem Verhältnis Staat—Kirche und den aktuellen Bemühungen um die Friedensforschung. Mit beiden Themen sollte ein Beitrag zur theologisch-gesellschaftspolitischen Fortbildung der Militärggeistlichen geleistet werden. Neben diesen Sachthemen behandelte die Konferenz noch einen dritten Gegenstand, das sog. Pastorale für die Militärseelsorge. Das im Auftrag des Militärbischofs F. Hengsbach (Essen) auf Anregung des Priesterrats erarbeitete Dokument wurde in Paderborn in mehreren Arbeitskreisen diskutiert. Die Endfassung soll bis in einem Jahr zur Verfügung stehen. Aus Anlaß der Diskussion in Paderborn führten wir mit der Redaktionsgruppe, die das Pastorale erstellt hat, das folgende Gespräch. Gesprächspartner waren Militärdekan W. Jüptner (Hamburg), Militärdekan E. Niermann, Wissenschaftlicher Direktor am „Wissenschaftlichen Institut für Erziehung und Bildung in den Streitkräften“ (München) und Militärpfarrer G. Pieschl (Diez an der Lahn).

HK: Das Katholische Militärbischofsamt hat sozusagen als erste Diözese in der Bundesrepublik den Versuch unternommen, ein Pastorale für seinen Seelsorgebereich zu erstellen. Welches waren die speziellen Gründe dafür, welche Zielsetzungen sind damit verbunden, gab es ganz besondere Anlässe für dieses Pastorale?

Niermann: Zuerst einmal etwas zum Begriff. Wir erstellen keinen Pastoralplan; denn dieser wäre eine administrative Maßnahme, die der Planung des Einsatzes der verfügbaren Mittel dient. Wir haben es auch nicht zu tun mit einem Pastoral im Sinne der Faszikelreihe PASTORALE. Wir streben ein bescheidenes Instrument an, nämlich Handreichungen und Hilfen für den Militärseelsorger in seinem Alltag. Die Gründe für das Pastorale sind zugleich in seinen Zielen genannt: Da der Militärggeistliche in der Regel acht Jahre Dienst tut und danach in sein Heimatbistum zurückkehrt, kommen jährlich ungefähr 15 bis 20 neue Mitbrüder in die Militärseelsorge, die die Ausscheidenden ersetzen. Diese sollen sehr schnell einen möglichst umfassenden Überblick über das bekommen, was sie als Aufgabe erwartet. Weiter möchten diese Handreichungen dem bereits „amtierenden“ Seelsorger helfen, einen Überblick zu gewinnen, damit er in seiner täglichen Arbeit sachgerecht Schwerpunkte und Prioritäten setzen kann. Und es gibt auch noch einen weiteren Grund: Die Militärseelsorge möchte sich im gesamt kirchlichen Raum verständlich machen, d. h. sie möchte anknüpfen an den theologischen, pastoral-theologischen und auch pastoralstrukturellen Diskussionsstand und möchte gegebenenfalls Mißverständnisse, die da und dort sichtbar werden, in der Diskussion aufklären helfen.

HK: ... Sie bezwecken damit also auch eine Art Rechtfertigung ...

Niermann: Sicher liegt heute, da die Frage nach der Existenz von Streitkräften, aber auch die Frage des institu-